

17.07.2014

Kleine Anfrage 2499

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

Sichere Entsorgung der hochradioaktiven Brennelementkugeln im Forschungszentrum Jülich

Am 2. Juli 2014 hat das NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsicht angeordnet, dass das Forschungszentrum Jülich das AVR-Zwischenlager zu räumen habe und die dort lagernden 152 Castor-Behälter mit insgesamt rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln das Zwischenlager zu verlassen hätten. Als Grund wurden ausstehende Untersuchungen zur Erdbebensicherheit genannt.

Aus der Erklärung des Wirtschaftsministeriums geht weder hervor, ob und wie sich diese Entscheidung auf den geplanten Bau eines neuen, besser geschützten Zwischenlagers in Jülich auswirkt. Es bleibt ferner unklar, welche alternativen Lagermöglichkeiten für die 152 Castor-Behälter zur Verfügung stehen und vor allem, wie eine langfristige sichere Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls möglich ist. Auch eine zeitliche Frist zur „Räumung“ des Zwischenlagers wurde anscheinend nicht gesetzt.

Das Thema Erdbebensicherheit überrascht insofern, als die Erdbebensicherheit rund um Jülich weder beim Bau und Betrieb des AVR-Hochtemperatur-Reaktors in Jülich von 1967-1988 problematisiert wurde noch beim Bau und Betrieb des jetzigen Zwischenlagers, das seit 1993 in Betrieb ist. Auch beim Bau des neuen Zwischenlagers für den hochverstrahlten AVR-Druckbehälter vor wenigen Jahren spielte die Erdbebensicherheit keine nennenswerte Rolle.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum spielt die Erdbebensicherheit in Jülich erst heute, 47 Jahre nach Inbetriebnahme des AVR-Hochtemperatur-Reaktors in Jülich, eine derart entscheidende Rolle?
2. Welche Auswirkungen hat die jetzige Entscheidung der Landesregierung auf den geplanten Neubau einer Castor-Zwischenlagerhalle in Jülich selbst?

Datum des Originals: 14.07.2014/Ausgegeben: 17.07.2014

3. Welche Auswirkungen hat die jetzige Entscheidung der Landesregierung auf die geplante Überführung des AVR-Druckbehälters in die vor wenigen Jahren eigens dafür neu gebaute Zwischenlagerhalle?
4. Welche Auslagerungsmöglichkeiten für die 152 Castoren verfolgt die Landesregierung derzeit konkret (bitte aufschlüsseln nach jeweiliger Option und Stand der jeweiligen Prüfungen bzw. Verhandlungen dazu)?
5. Wie will die Landesregierung angesichts der neuen Sachlage ihr selbstgestecktes Ziel erreichen, gefährliche Atomtransporte durch NRW zu vermeiden?

Hanns-Jörg Rohwedder